

Wind of Change in Miami: und bald auch in Washington?; die US-Kubapolitik am Vorabend des Präsidentschaftswahlkampfes 2004

Artens, Hannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Artens, H. (2004). *Wind of Change in Miami: und bald auch in Washington?; die US-Kubapolitik am Vorabend des Präsidentschaftswahlkampfes 2004*. (Brennpunkt Lateinamerika, 16). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445314>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 16

16. August 2004

ISSN 1437-6148

Wind of Change in Miami – und bald auch in Washington?

Die US-Kubapolitik am Vorabend des Präsidentschaftswahlkampfes 2004

Hannes Artens

George W. Bush gewann im Jahr 2000 mit einem Vorsprung von nur 537 Stimmen den Bundesstaat Florida und damit die amerikanische Präsidentschaft. Hierbei erwiesen sich die Stimmen der kubano-amerikanischen Community einmal mehr als wahlentscheidend. Auch 2004 zählt Florida für beide Parteien zu den heiß umkämpften „battleground states“. Die Voraussetzungen scheinen jedoch diesmal eher den demokratischen Herausforderer des Präsidenten, John Kerry, zu begünstigen. Neueste Umfrageergebnisse untermauern einen langjährigen Trend hin zu einer Stärkung des moderaten Lagers innerhalb der Kubano-Amerikaner. Die Bush-Regierung hingegen hat die kubano-amerikanische Community mit ihren neuesten Maßnahmen gegen Reisen und Geldsendungen auf die Insel in noch nie da gewesenem Ausmaß polarisiert. „Little Havana“ könnte dadurch mehr als jemals zuvor zu einer der vordersten Frontlinien im Präsidentschaftswahlkampf werden, und ein eventueller Sieg Kerrys, gestützt auf das moderate Lager, könnte die Beziehungen der USA zu Kuba nachhaltig verändern.

Die Kubapolitik der Bush-Regierung

Angesichts der Zeichen, die George W. Bush vor und unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gesetzt hatte, fiel die Kubapolitik seiner Regierung zunächst bedeutend pragmatischer aus als allgemein angenommen. Der Terroranschlag auf die USA vom 11. September 2001 und die nationale Notlage Kubas, hervorgerufen durch die Verwüstungen von Hurrikan *Michelle* im November 2001, ermöglichten eine kurzfristige Annäherung und ein politisches Tauwetter zwischen Washington und Havanna.

Doch schon vor der historischen Kuba-Reise von Ex-Präsident Jimmy Carter im Mai 2002 trug die Bush-Regierung zu einer Verschlechterung der Beziehungen bei, indem sie unbewiesene und, wie rückblickend gesagt werden kann, halt-

lose Anschuldigungen erhob, Kuba würde chemische und biologische Kampfstoffe produzieren (CIP 2002). Als viel schwerwiegender noch erwies sich jedoch Fidel Castros rücksichtsloses und sämtliche Menschenrechtskonventionen verletzendes Vorgehen gegen innerkubanische Dissidenten im März 2003. Durch eine in der jüngsten Geschichte Kubas einmalige Verhaftungswelle und politische Schauprozesse wurde die innerkubanische Opposition innerhalb einer Woche nahezu ausgeschaltet. Mit diesem Schritt entschloss sich Fidel Castro zur offenen Konfrontation mit der internationalen Gemeinschaft; sogar seinem Regime bis dahin neutrale oder wohlgesonnene Regierungen begannen sich abzuwenden. Auch die Beziehungen zur Europäischen Union sanken auf einen Tiefpunkt.

Die Reaktion Washingtons fiel zunächst unerwartet zurückhaltend aus. Neben verbalen Verurteilungen durch Kongress und Regierung sowie der Ausweisung von 14 kubanischen Diplomaten wurden zunächst lediglich die Reisebestimmungen für US-Bürger nach Kuba verschärft. Die unter Präsident Clinton initiierten *people-to-people-contacts*, welche die kubanische Bevölkerung in Kontakt mit westlichen Werten bringen und dadurch zu einer Öffnung der Gesellschaft und Unterminierung des Regimes von innen beitragen sollten (Gratius 2003), wurden abgeschafft. Nach Ansicht der Bush-Regierung hatten sie den erwünschten Effekt verfehlt und finanzierten eher das Überleben des Regimes als es zu schwächen.

Im Oktober 2003 kündigte Präsident Bush die Schaffung einer *Commission for Assistance to a Free Cuba* unter Leitung von Außenminister Colin Powell und dem kubanischstämmigen Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung, Mel Martinez, an (Department of State 2003). Diese überaus intransparent zusammengesetzte Kommission bestand zu einem überproportional hohen Anteil aus Mitgliedern des *Cuba Liberty Council* (CLC), der sich im Jahr 2001 von der *Cuban American National Foundation* (CANF), der mächtigen und über lange Jahre unangefochtenen kubano-amerikanischen Lobby-Organisation abgespalten hatte, da diese unter ihrem neuen Führer Jorge Mas Santos einen pragmatischeren und weniger konfrontativen Kurs eingeschlagen hatte.

Auftrag dieser Kommission war es, Pläne und Strategien zu erarbeiten, in welcher Weise die USA das Ende des Castro-Regimes mit allen zur Verfügung stehenden nicht-militärischen Mitteln beschleunigen könnte, sowie Vorschläge zur Vorbereitung für die erste Phase eines Übergangs der Insel von Diktatur zu Demokratie zu erarbeiten. Die Vorschläge der Kommission wurden im Mai 2004 veröffentlicht, rechtzeitig zur inzwischen schon traditionellen Ansprache des US-Präsidenten an die kubano-amerikanische *Community* anlässlich der Unabhängigkeit Kubas am 20. Mai (Department of State 2004). Offensichtlich hatte sich die Bush-Administration entschlossen, strategisch ein Jahr zuzuwarten und der von Castro verschärften Repression der kubanischen Opposition mit einer langfristig angelegten Strategie zu begegnen, die sich gleichzeitig trefflich für den Präsidentschaftswahlkampf verwenden lassen würde.

Kuba als *issue* in den US-Wahlkämpfen der letzten Jahre

Seit Ende des Kalten Krieges gilt Kuba als klassisches Beispiel einer *intermestic issue* in der US-amerikanischen Politik (Molyneux 1999, Hoffmann 2002): ein außenpolitisches Problem, das mehr von innenpolitischen Parametern und Akteuren als von zwischenstaatlichen Themen bestimmt wird. Kuba, das spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine ideologische oder militärische Bedrohung für die USA mehr darstellt und dessen kommunistisches Regime im heutigen Lateinamerika als isolierter Anachronismus gilt, hat für die USA nur noch geringe außenpolitische Bedeutung. Das anhaltende Interesse jeder US-Regierung an Kuba lässt sich so in erster Linie auf innenpolitische Faktoren zurückführen.

Die Konzentration einer kleinen Gruppe von rund 1,2 Millionen Exil-Kubanern bzw. kubanisch-stämmigen US-Bürgern auf einige wenige Bezirke in Florida und New Jersey, zwei der auf Grund ihrer hohen Anzahl an Wahlmännerstimmen bedeutendsten *swing states*, verschaffte der politischen Lobby der Exilkubaner einen exzeptionell hohen Einfluss auf die Washingtoner Politik. Kein Politiker kann es sich leisten, in einem Bundesstaat, dessen Wählerschaft traditionell nahezu zu gleichen Teilen in beide politische Lager gespalten ist, im Wahlkampf auf die finanzielle Unterstützung und bei den Wahlen auf die Stimmen dieser Gemeinde zu verzichten. Durch diese exponierte Stellung vermochten es kubano-amerikanische Lobbyisten, die Forderungen einer Minderheit gegenüber den Interessen und Vorstellungen der Mehrheit der US-Bevölkerung durchzusetzen: Seit Jahren schon bestätigen Umfragen, dass mehr als 70% der amerikanischen US-Bürger eine Aufhebung des Embargos befürworten.

Der Erfolg der kubano-amerikanischen Lobby beruht in erster Linie auf erheblichen Parteispenden und auf geschicktem Taktieren mit den Stimmen der kubano-amerikanischen *Community* in Wahlzeiten, ähnlich den politischen *machines* des 19. Jahrhunderts. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die bedeutendsten Gesetze zur Verschärfung des US-Embargos jeweils im Vorfeld von US-Präsidentschaftswahlen erlassen wurden. Sowohl im Wahlkampf 1992 als auch 1996 gelang es der kubano-amerikanischen Lobby durch Verweis auf die entscheidenden Wählerstimmen in Verbindung mit nicht unerheblichen finanziellen Zuwendungen, dass sich die Kontrahenten an radikalen Anti-Castro-Gesten zu überbieten suchten („out-radicalize each other“,

Nuccio 1999). Obwohl zunächst sowohl Präsident Bush 1992 als auch Präsident Clinton 1996 eine Verschärfung des Embargos abgelehnt hatten, sahen sie sich durch die Dynamik des Wahlkampfes, Provokationen Castros, und nicht zuletzt durch den Einfluss der *Cuban American National Foundation* und anderer kubano-amerikanischer Interessengruppen genötigt, ihre ursprüngliche Position aufzugeben und letztlich sowohl dem Toricelli-Gesetz als auch dem Helms-Burton-Gesetz zuzustimmen (zu ersterem Leogrande 1998; zum zweiten Hoffmann 2001 und Gratius 2003).

Wind of Change in Miami

Der Präsidentschaftswahlkampf 2000 stellte in zweierlei Hinsicht einen Umbruch dar. Zum einen markiert dies der Fall des Flüchtlingsjungen Elián González, dessen Schicksal die Hardliner in der kubano-amerikanischen *Community* zu emotionalisieren und für ihre Interessen zu instrumentalisieren versuchten – ein Schuss, der eindeutig nach hinten losging. Obwohl letztendlich das Eintreten der Clinton-Regierung für die Repatriierung des Kindes nach Kuba Vizepräsident Al Gore entscheidende Stimmen kostete – ihm half nur wenig, dass er sich selbst von der Entscheidung der Justizministerin Janet Reno distanzierte – gelang es der CANF diesmal nicht, ihre Position zu behaupten. Mehr noch, sie ging aus der pietätlosen Auseinandersetzung erheblich geschwächt und intern polarisiert hervor. Für viele Exilkubaner stellt die „Affäre Elián“ die Wasserscheide dar, von der ab die unterschwelli-

gen Gegensätze innerhalb der *Community* offener hervortraten (Gratius 2000).

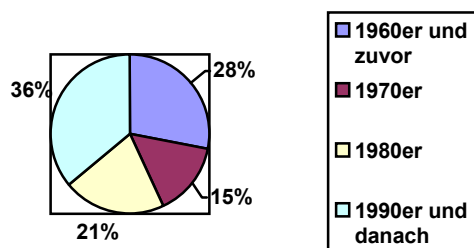
Zu Zeiten ihres Gründers und langjährigen Führers Jorge Mas Canosa profitierte die CANF von ihrem Quasi-Monopol als bedeutendste Interessenvertretung des kubanischen Exils in den USA, der Finanzstärke ihrer Mitglieder und vor allem von der Charakteristik der Kubano-Amerikaner als *single issue voters*: Ob auf lokaler, bundesstaatlicher oder nationalstaatlicher Ebene konnte jener Politiker, der sich am überzeugendsten für die Bekämpfung des Castrismus einsetzte, auf nahezu die gesamte Stimmenzahl der kubano-amerikanischen *Community* zählen (zur Genese der CANF vgl. Haney/Vanderbush 1999).

Jedoch haben sich die Zeiten geändert. Jorge Mas Canosa lebt nicht mehr, die Sowjetunion und der Kalte Krieg gehören der Geschichte an, 45 Jahre Embargo und Konfrontation mit Kuba haben nicht den gewünschten Erfolg erzielt, und auch Natur und Macht der CANF haben sich nachhaltig verändert bzw. abgenommen. „Zu Zeiten von Jorge Mas Canosa konnte die Organisation [die CANF] praktisch die US-Politik diktieren. Dies ist heute ganz offensichtlich nicht mehr der Fall.“ (Interview mit Shelley McConnell, *Senior Associate Director* des Amerika-Programms des Carter Centers, 25. Mai 2004)

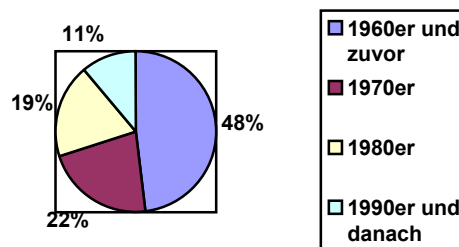
Neben den großen geopolitischen und historischen Veränderungen liegen die Gründe für den Wandel in der kubano-amerikanischen *Community* aber auch in der signifikanten demographischen Veränderung, die „Little Havana“ seit den 80er Jahren erlebt hat, wie die folgenden Grafiken veranschaulichen.

Grafik 1: Zusammensetzung der kubano-amerikanischen *Community* nach Dekade ihrer Ankunft

Alle Kubano-Amerikaner:



Registrierte kubano-amerikanische Wähler:



Anmerkungen:

Diese Daten beruhen auf einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsunternehmen *Bendixen & Associates* im Oktober 2003 unter 400 Kubano-Amerikanern und 445 registrierten kubano-amerikanischen Wählern in Miami-Dade und Miami-Broward County im Auftrag der *Cuba Study Group* durchführte. Die Ergebnisse dieser Umfrage waren auf Grund der Brisanz der Daten bis März 2004 der Öffentlichkeit nicht bekannt. Der Abweichungsgrad beider *samples* liegt bei 4,5%.

Wie aus Grafik 1 deutlich zu ersehen ist, sind mehr als ein Drittel der kubanischen Emigranten in Miami Flüchtlinge der 1990er Jahre. Sie befinden sich erst seit kurzem in den Vereinigten Staaten und verfügen in den meisten Fällen lediglich über eine Arbeits- und Niederlassungserlaubnis, jedoch nicht über die amerikanische Staatsbürgerschaft. Damit besitzen sie auch kein Wahlrecht. Die Mehrheit der registrierten kubano-amerikanischen Wähler jedoch verließ Kuba weitaus früher, knapp die Hälfte mehr oder weniger unmittelbar als Folge der Machtübernahme Castros.

Die Einwanderer der 90er Jahre unterscheiden sich jedoch grundlegend von der Flüchtlingsgeneration der 60er Jahre. Während letztere nur noch über geringe persönliche Bindungen an die alte Heimat verfügen, da sie entweder als Großfamilie geflohen sind oder über die Jahrzehnte der Isolation und Konfrontation ihre persönlichen Bindungen zu Verwandten in Kuba verloren haben, verfügen erstere noch über sehr stark ausgeprägte Kontakte zu ihren Verwandten auf der Insel. Zu ihren primären Anliegen zählt, andere Mitglieder ihrer Familie ebenfalls in die USA zu holen oder sie zumindest durch Geldsendungen, sogenannte *remittances* (spanisch: *remesas*), zu unterstützen. Jene *remesas* sind mittlerweile Kubas wichtigste Devisenquelle und werden auf ein jährliches Volumen von rund US\$ 1,2 Mrd. geschätzt (Pew Hispanic Center 2003).

Grob vereinfacht lässt sich festhalten, dass die Emigrantengeneration der 1960er mehr an einer fortgesetzten Isolation des castristischen Regimes interessiert ist, welche langfristig zu dessen Sturz führen soll, während die Emigrantengeneration der 1990er mehr am Fortbestand von Kontakten zu Angehörigen und an deren ökonomischer Unterstützung interessiert ist. Da letztere jedoch mangels US-amerikanischer Staatsbürgerschaft (und damit Wahlrecht) derzeit kaum Bedeutung für die US-Politik haben, und die Sendung von *remesas* nach Ansicht der Bush-Regierung nur zur indirekten Unterstützung Castros dient, werden ihre Anliegen weitgehend ignoriert. „Ich glaube nicht, dass die Regierung die zunehmende Bedeutung dieser neuen Gruppe von Immigranten berücksichtigt. Sie ignoriert sie völlig – ein Umstand, der aus ihren letzten Maßnahmen ersichtlich wird [...]. Sie attackiert sie damit sogar gezielt.“ (Interview mit Carlos Saladrigas, Chairman der *Cuba Study Group*, 25. Mai 2004). Mit dieser zynischen Politik werden nicht nur die Wähler von morgen ignoriert; sie trägt auch zur sukzessiven Spaltung der kubano-amerikanischen *Community* bei.

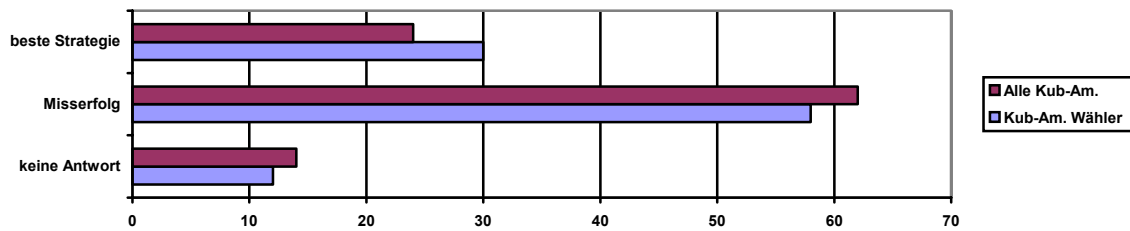
Zu den demographischen Veränderungen kommt hinzu, dass sich Kubano-Amerikaner in ihrem Wahlverhalten bis vor kurzem scharf von anderen Latinogruppen unterschieden haben. Während in den USA Latinos generell einen stetigen Wandel von überzeugten Parteigängern der Demokraten hin zu Wechselwählern vollzogen – 2000 konnte George W. Bush 35% der Latinostimmen gewinnen (Hoffmann 2003) – zeichneten sich Kubano-Amerikaner bis zuletzt als *single issue voters* aus.¹ Auch dies ist nicht länger der Fall. Allen Umfragen zu Folge wandeln sich Kubano-Amerikaner stetig zu *several issue voters* (USAID 1999); Kuba ist nach wie vor das bedeutendste Thema, aber nicht mehr das einzig wahlentscheidende. Dabei begünstigt die mehrheitlich konservative Haltung der Kubano-Amerikaner in modernen Gesellschaftsfragen (gleichgeschlechtliche Ehen, Recht auf Abtreibung, etc.) tendenziell die Republikaner.

Diese gravierenden Veränderungen, gepaart mit der verbreiteten Ansicht, dass 45 Jahre der Konfrontation und des Embargos nicht zum gewünschten Ziel geführt haben, machen sich zunehmend im politischen Spektrum von „Little Havana“ bemerkbar. Die Mehrheit der Kubano-Amerikaner nimmt heute gegenüber Kuba eine moderate Position ein: Sie erkennt das Scheitern einer Politik der Isolation und Konfrontation an und wünscht sich diese durch eine Politik des *engagement* ersetzt. Grafik 2 verdeutlicht diese Öffnung des kubano-amerikanischen politischen Spektrums anhand einiger ausgewählter Fragen.

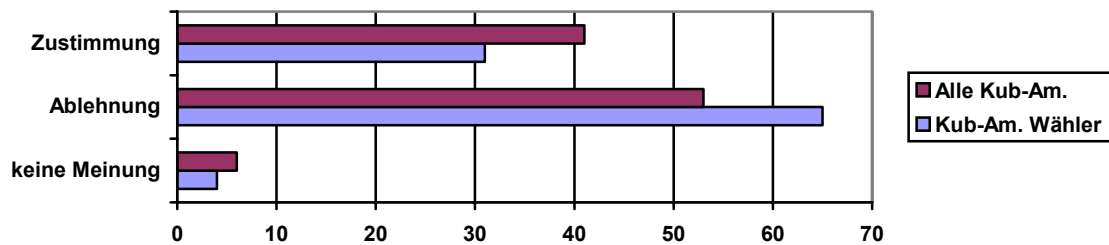
¹ Dieses *single issue* ist natürlich die US-Politik gegenüber Kuba. So konnte Bill Clinton nach Verabschiedung des *Helms Burton Act* 1996 nicht weniger als 38% der kubano-amerikanischen Stimmen gewinnen – ein einmalig hoher Wert für einen Kandidaten der Demokraten (*Florida Department of State*, 1996 Presidential Election Results, Metro-Dade County Elections Department). Dieser hohe Anteil an kubano-amerikanischen Stimmen verhalf Bill Clinton in Florida, wo die Demokraten generell über eine dünne Mehrheit verfügen, zu einem überwältigenden Sieg. Al Gore hingegen erhielt 2000 nur 17% der kubano-amerikanischen Stimmen.

Grafik 2: Politische Einstellungen der Kubano-Amerikaner

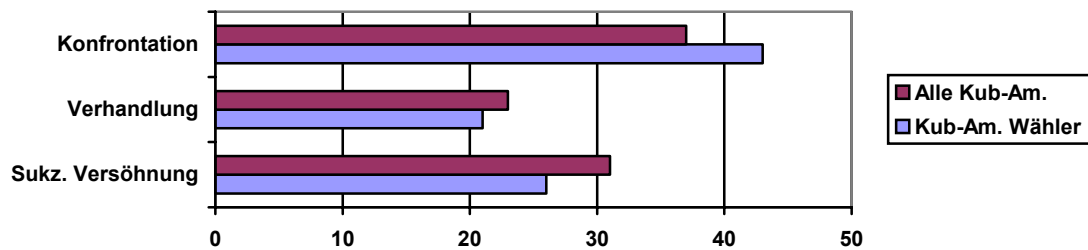
1.) Konfrontation mit Kuba die beste Strategie oder ein Misserfolg?



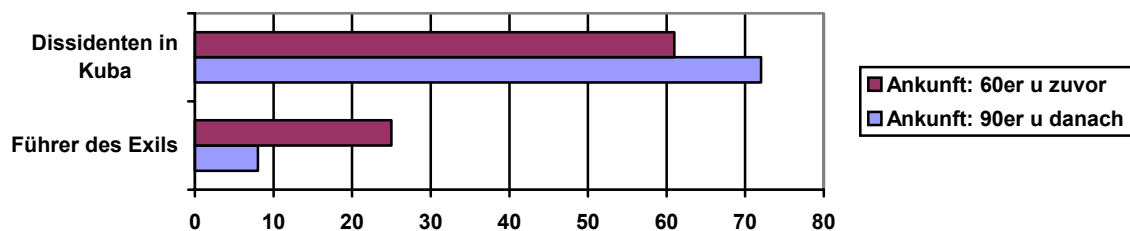
2.) Sollen alle US-Bürger ohne Einschränkungen nach Kuba reisen dürfen?



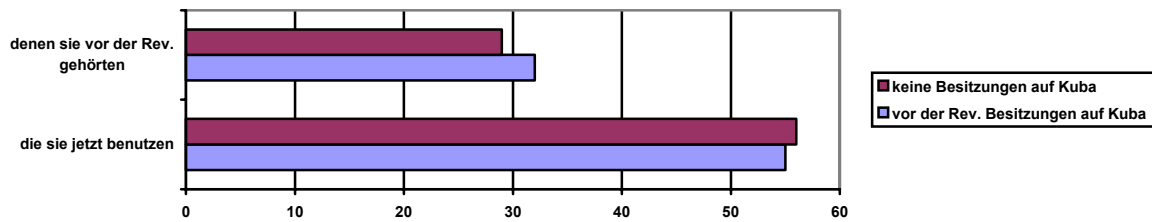
3.) Präferenz einer Strategie gegenüber Kuba?



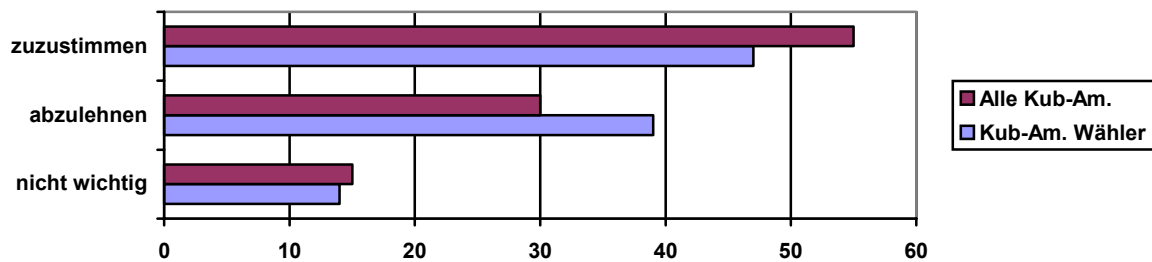
4.) Der Kampf für Demokratie in Kuba wird bestimmt von ...?



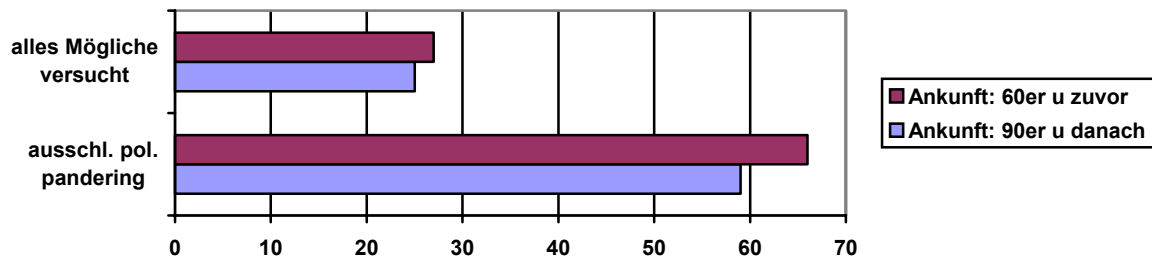
5.) Sollen Besitzungen in Kuba künftig jenen gehören, in deren Besitz sie sich vor der Revolution befanden oder jenen, die sie jetzt nutzen?



6.) Meinung zu einer unilateralen Aufgabe des US-Embargos im Austausch für eine geeinte diplomatische Front gegenüber Kuba bestehend aus den USA, der EU und den wichtigsten Ländern Lateinamerikas.



7.) Haben die US-Regierungen alles in ihrer Kraft Stehende unternommen um Kuba zu befreien, oder haben sie ausschließlich zu Wahlzeiten versucht, um Stimmen der kubano-amerikanischen *Community* zu buhlen (*political pandering*)?



Quelle: Cuba Study Group 2004.

Anmerkungen: Diese Daten beruhen ebenfalls auf der bereits genannten Umfrage von *Bendixen & Associates* vom Oktober 2003. Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit einer Befragung, die im Juni 2003 von *Hamilton Beattie & Staff* im Auftrag des *Southwest Voter Registration Education Project* unter 600 Kubano-Amerikanern durchgeführt wurde, und deren Abweichungsquote bei 4% liegt (Schmidt 2004).

Anmerkung zu Frage 6: Diese geeinte internationale Front stellt das Kernstück der Strategie der *Cuba Study Group* dar, die durch gezieltes Lobbying hierfür eine Mehrheit im Kongress zu gewinnen sucht. Ihr Vorschlag basiert auf einer einseitigen Aufgabe des Embargos durch die USA und seine Ersetzung durch eine internationale Konditionierung von zukünftigen Investitionen in Kuba an eine rigorose Einhaltung und Überwachung der Menschenrechte und arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Demnach sollen in Zukunft Arbeiter in Kuba selbstständig und nicht durch das Regime ihre Verträge mit ausländischen Firmen aushandeln können. Dieser Vorschlag wird zurzeit im moderaten Lager in Miami favorisiert und eventuell auch von der CANF in Erwägung gezogen. Laut Shelley McConnell dürfte es jedoch hierbei eher schwierig werden, in Lateinamerika Partner für eine derartige internationale Allianz zu finden: „Meinem Gefühl nach ist es eher die Schwierigkeit alle Staaten Lateinamerikas zu solch einer Allianz zu bewegen, als dass die USA und Europa eine Übereinkunft erzielen könnten [...]. Ich bin sehr vorsichtig diesbezüglich mit Brasilien [...] ich glaube nicht, dass sich Lula [Luiz Inácio da Silva] seine Beziehungen zu Kuba von irgendeinem anderen Land vorgeben lässt“ (Interview McConnell). Trotz derartiger Umsetzungsprobleme wäre es der Vorschlag der *Cuba Study Group* zur Durchbrechung der „dreifachen Blockade“ (Gratius 2003) einer Demokratisierung Kubas mittels einer Einführung des Kapitalismus durch die Hintertür durchaus wert, in Europa in Erwägung gezogen zu werden.

Wie aus dem in Grafik 2 dargestellten Stimmungsbild zu ersehen ist, spricht sich eine deutliche Mehrheit für eine Politik des *engagement* gegenüber Kuba aus – wobei der Anteil unter kubano-amerikanischen Wählern zwar geringer ausfällt, sich jedoch auch unter ihnen eine Mehrheit für Verhandlungen mit dem Regime in Havanna ausspricht. Auch die lange Zeit bedeutende Frage von enteignetem Besitz steht einer politischen Öffnung gegenüber Kuba nicht mehr im Wege. Pragmatisch wird von einer großen Mehrheit anerkannt, dass politische Veränderungen in Kuba von innerkubanischen Entwicklungen und Akteuren bestimmt werden und dem „Exil“ nur eine unterstützende Rolle zukommt.

„Little Havana“ hat sich politisch geöffnet und stellt heute ein heterogenes politisches Umfeld dar. Es dürfte inzwischen unter den Kubano-Amerikanern in Miami mehr als 1.000 politische Organisationen geben, die sich in irgendeiner Form – von Menschenrechtsorganisationen bis hin zu Austausch- und Bildungsprogrammen – für eine Veränderung in Kuba im kleinen oder größeren Rahmen einsetzen (für ein Stimmungsbild dieses politischen Kaleidoskops vgl. Ospina/Declercq 2001). Am rechten Rand des Spektrums wendet nach wie vor José Basulto (Gründer der *Brothers to the Rescue*) all seine Energie auf, um eine Anklage gegen Fidel Castro beim Internationalen Strafgerichtshof wegen des Abschusses seiner Pilotenkollegen 1996 durch die kubanische Luftwaffe zu erwirken. Die *Alliance for Young Cubans* organisiert Ausflüge nach Kanada um dort vor Reisebüros zu demonstrieren, die Reisen nach Kuba anbieten. Am linken Rand ist Eloy Gutiérrez Menoyo (Gründer von *Cambio Cubano*) freiwillig nach Kuba zurückgekehrt, um sich für eine demokratische Öffnung unter Beibehaltung des sozialistischen Gesellschaftssystems einzusetzen. Die breite Mehrheit jedoch sind moderate Kubano-Amerikaner, deren wachsende Bedeutung zu einer nicht länger zu ignorierenden Realität geworden ist.

Dieser Realität konnte sich auch die CANF nicht länger verschließen. Nach dem politischen Desaster der „Elián-Affäre“ verzeichnete sie einen Wandel hin zum Pragmatismus und unterstützt heute offen Osvaldo Payás *Varela-Projekt*

und andere oppositionelle Gruppen in Kuba.² So erklärt Joe García, der *Executive Director* der CANF: „Wir sind nicht der Überzeugung, dass unter der derzeit herrschenden Atmosphäre eine zusätzliche Verschärfung des Embargos das richtige wäre, wir glauben an einen Ausbau der bedeutsamen interpersonellen Kontakte zwischen Kuba und dem Exil [...]. Das Embargo stellt nicht mehr den zentralen Punkt unserer Strategie dar [...]. Es ist der zentrale Punkt anderer Leute, wie Lincoln [Díaz-Balart] oder Ileana [Ros Lehtinen]“ (Interview, 24. Mai 2004). Auch ist die Führungsschicht der CANF heute politisch gespaltenener denn je; eine bedingungslose Unterstützung des Konfrontationskurses der republikanischen Abgeordneten Díaz-Balart und Ros Lehtinen steht für viele Direktoren, die eher der Demokratischen Partei zuneigen, aus politischen und taktischen Gründen heute nicht mehr zur Disposition. So trafen unter Vermittlung des *Carter Centers* Vertreter der CANF im Januar und April 2004 erstmals mit den namhaftesten moderaten und progressiven Gruppen des kubanischen „Exils“ zusammen, um über ihre unterschiedlichen Zugangsweisen bezüglich einer Transition in Kuba zu diskutieren – ein in der Geschichte der kubano-amerikanischen *Community* einmaliges Ereignis. Ganz offensichtlich wird diese Dialogbereitschaft von der Bush-Regierung jedoch nicht geteilt.

Politischer Wandel in Washington?

Ende 2003 war es Präsident Bush gelungen, mit seiner Veto-Drohung eine Initiative des Kongresses zur Aufhebung der Reisebeschränkungen für US-Bürger nach Kuba zu verhindern, obwohl diese in beiden Kammern des Kongresses zum vierten Mal in Folge eine ausreichende Mehrheit gefunden hatte (Associated Press, 12. November 2003). Dies sollte jedoch nur das Vorspiel darstellen. Angesichts dieses Sieges der Hardliner – vor allem der kubano-amerikanischen Abgeordneten Lincoln Díaz-Balart und Ileana Ros Lehtinen – sah sich die CANF genötigt, immer lauter die enttäuschende und inkonsequente Kuba-

² Siehe auch die Rede von Jorge Mas Santos anlässlich des kubanischen Unabhängigkeitstages (Miami Herald, 21. Mai 2004). Dass dieser Wandel hin zu pragmatischeren Positionen noch nicht gänzlich abgeschlossen ist, zeigt sich daran, dass die CANF im März 2004 finanziell für die Prozesskosten von vier Kubano-Amerikanern aufkam, die der Beteiligung an einem Mordkomplott gegen Fidel Castro beim Interamerikanischen Gipfeltreffen in Panama 2000 beschuldigt werden (Miami Herald, 21. April 2004).

Politik der Regierung zu kritisieren. Sie konnte sich dabei auf Umfragen stützen, denen zufolge mehr als 70% der Kubano-Amerikaner von der Amtsführung des Präsidenten bezüglich Kuba zutiefst enttäuscht waren.³ Gerade von dieser Regierung mit der festen Verankerung der Familie Bush in Miami – Jeb Bush ist Gouverneur von Florida – hatte man sich mehr erwartet. Es sollte sich jedoch erweisen, dass die CANF sich bei ihrem Machtpoker verkalkuliert hatte; sie sollte bedeutend mehr bekommen als sie gefordert hatte.

Am 3. Mai 2004 übergab die von Außenminister Colin Powell geleitete Kommission ihren 500-seitigen Bericht dem Weißen Haus. Der Bericht besteht aus fünf Kapiteln, von denen sich nur das erste mit Strategien zur Beschleunigung der Transition auseinandersetzt. Die übrigen vier erarbeiten diverse Szenarien der friedlichen Demokratisierung und ihrer Unterstützung in einem post-castristischen Kuba, wobei auf Erfahrungen aus den Umbrüchen in Osteuropa und Spanien nach der Franco-Diktatur zurückgegriffen wird. Noch am 2. Mai überwog in Washington die Überzeugung, dass die Ergebnisse des Reports und die daraus resultierende Politik wenig Neues versprochen (Miami Herald, 2. Mai 2004).

Jedoch enthielt besagter erster Abschnitt auch inoffizielle Vorschläge zur Beschleunigung des Transitionsprozesses, um deren Realisierung in der Zeit von der Veröffentlichung des Berichts und Bushs Ankündigung einer neuen Kuba-Politik ein heftiger innenpolitischer Kampf entbrannt sein dürfte. Hinter den Kulissen dürften Berater des Präsidenten (in erster Linie Roger Noriega) die kubano-amerikanischen Abgeordneten (vor allem Lincoln Díaz-Balart und Ileana Ros Lehtinen) sowie Vertreter des CLC und der CANF um die Realisierung ihrer Kernanliegen gerungen haben. Das Resultat war ein politischer Kompromiss, der in einiger Hinsicht politischen Sprengstoff darstellt. Zunächst gelang es der CANF, zwei ihrer zentralen Anliegen durchzusetzen: zusätzliche US\$ 45 Mio. zur Unterstützung der Dissidenten auf Kuba – dies stellt eine Erhöhung der bisherigen Mittel um nahezu 1000% dar – sowie der Anschaffung eines C-130 Spezialflugzeugs, das im kubanischen Luftraum die elektronischen Sperren zur Übertragung von Radio und TV Martí überwinden soll. Viel bedeutender erscheinen jedoch jene beiden Punkte,

³ Diese Zahl basiert auf den Umfragen von *Bendixen & Associates* sowie *Hamilton Beattie & Staff* und deckt sich mit den Ergebnissen periodischer Umfragen des *Miami Herald* im Zeitraum Herbst 2003 bis April 2004.

an denen sich der CLC und andere Hardliner durchgesetzt haben dürften:

- 1.) Das bisher jährliche Besuchsrecht von Kubano-Amerikanern bei Verwandten auf der Insel wird auf eine Reise von maximal 14 Tagen alle drei Jahre eingeschränkt; zudem gilt dieses Besuchsrecht nun nur noch für den engsten Familienkreis.
- 2.) Massiv eingeschränkt wurden zudem die erlaubten Ausgaben *per diem*, so dass die Kubano-Amerikaner während dieser Besuche nur noch maximal US\$ 50 statt bisher US\$ 165 pro Tag ausgeben dürfen (Miami Herald/Washington Post, 7. Mai 2004).

Hierbei ist jedoch zu unterstreichen, dass keine der beiden Bestimmungen im Bericht in dieser Form vorgeschlagen wurde, sondern dass sie offensichtlich das Ergebnis nachträglicher Verhandlungen unter der Regie des Weißen Hauses in der Woche zwischen Präsentation des Berichts und der Ansprache des Präsidenten sind. Mit diesen beiden Maßnahmen verfolgt die Bush-Regierung nicht nur konsequent ihre Priorität, die Devisenquellen des kubanischen Regimes einzuschränken, sondern sie geht damit auch bewusst eine wahltaktische Kalkulation ein. Sie befriedigt die Hardliner und andere Gruppen, die zuvor an ihrer Politik Kritik übten, in der Hoffnung, sich deren Stimmen für die Wahlen im November zu sichern. Das geht auf Kosten der Emigranten der 90er Jahre, die meist noch kein Wahlrecht haben und nun nicht mehr in der Lage sind, ihre in der Heimat zurückgelassenen Familien zu unterstützen. Für diese Bevölkerungsgruppe stellen die neuen Maßnahmen, sofern sie effektiv umgesetzt werden, eine Katastrophe dar. Da jeder Verwandtschaftsgrad in Zukunft genauestens untersucht wird und die Mitarbeiterzahl der zuständigen Behörde nicht erhöht werden soll, dürften die Wartezeiten für Reisegenehmigungen bald bei bis zu fünf Jahren liegen (Interview Saladrigas). Auch die *per diem*-Ausgaben stellten bisher eine zusätzliche Möglichkeit dar, Verwandte auf der Insel zu unterstützen. Ganz offensichtlich wurde hier aus wahltaktischen Gründen über das Schicksal Zehntausender von Menschen hinweggegangen; in einer intransparenten Nacht-und-Nebel-Aktion wurden die schwersten Sanktionen seit Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes 1996 erlassen.

Kuba im Wahlkampf 2004: Kerrys neue Töne

Obwohl John Kerry von März bis August dreizehnmal Florida besuchte (George W. Bush im

gleichen Zeitraum nur viermal), war bis vor kurzem über seine Haltung zu Kuba nur wenig bekannt. Abgesehen von einem peinlichen Fauxpas zu Beginn des Jahres, als er auf einer Wahlrede in Coral Gables versicherte, im Kongress für das Helms-Burton-Gesetz gestimmt zu haben obwohl ihm wenige Stunden später das Gegenteil nachgewiesen wurde (Sun Sentinel, 31. März 2004), und der Nominierung von Rand Beers⁴ als außenpolitischem Berater trat er zunächst kaum mit Vorschlägen zu Lateinamerika im Allgemeinen und zu Kuba im Besonderen in Erscheinung. Doch das sollte sich schnell ändern.

In der Tat verspricht dieser Wahlkampf sich bezüglich Kuba und der kubano-amerikanischen *Community* signifikant von vorherigen Wahlkämpfen zu unterscheiden. Während in der Vergangenheit beide Kontrahenten sich gegenseitig mit radikalen Vorschlägen zur Befriedigung der kubano-amerikanischen Wähler übertrafen, beziehen beide Gegner dieses Jahr völlig entgegengesetzte Positionen. Schon am 18. April 2004 hatte Senator Kerry verkündet, dass er zur Politik der „people-to-people-contacts“ von Bill Clinton zurückkehren werde, dass er keine Einschränkung bezüglich der umstrittenen *remesas* plane, und er die Entscheidung über die Reisefreiheit von US-Bürgern nach Kuba dem Kongress überlassen werde (MSNBC, Meet the Press, 18. April 2004; Miami Herald, 6. Mai 2004).

Dies steht in krassem Gegensatz zu Präsident Bushs verschärfter Embargopolitik, könnte sich jedoch durchaus bezahlt machen. Der Aufschrei in „Little Havana“ über die verschärften Reisebestimmungen ist groß. Die moderaten Kräfte schlugen sich auf die Seite der neuen Emigranten. „Die Mehrheit der Menschen fühlt sich durch die familienfeindlich Natur der neuen Maßnahmen extrem betroffen [...]. Mit diesen neuen Maßnahmen geht Präsident Bush nicht gegen Castro, sondern gegen die Familie eines jeden einzelnen vor“ (Interview mit Patricia Gutiérrez Menoyo, Vizepräsidentin von *Cambio Cubano*, 25. Mai 2004). Die Ankündigungen von Präsi-

dent Bush drohen ganz offensichtlich die kubano-amerikanische *Community* zu spalten und in noch nie da gewesener Weise zu polarisieren. Der Aufschrei im moderaten und progressiven Lager war so groß, dass erstmals in der Geschichte von „Little Havana“ eine Exilkubanerorganisation zur „Verhinderung der Wiederwahl von George W. Bush“ gegründet wurde (Miami Herald, 11. Mai 2004). Einflussreiche moderate Gruppen wie *The Time is Now Coalition*, *Cuban American Alliance Education Fund*, *Puentes Cubanos* und *Cambio Cubano* richteten offene Protestbriefe an das Weiße Haus. Auch die CANF scheint sich nicht mehr sicher zu sein, ob diese Strategie den gewünschten Effekt erzielt. Sie bekennt sich offen zu den zwei von ihr geforderten Punkten – Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die Opposition und technische Aufrüstung von Radio und TV Marti –, distanziert sich aber von Bushs Politik in den anderen Bereichen: „Das ist nicht, wonach wir verlangt haben [...]. Hierzu wollen wir ganz offiziell keine Position einnehmen [...] und wir glauben nicht, dass es im besten Interesse der Administration wäre, diese Bestimmungen umzusetzen“ (Interview Garcia) Die CANF scheint sogar so weit zu gehen, dem Präsidenten indirekt zu raten, seine Position noch einmal zu überdenken. „Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass diese Elemente des Maßnahmenpakets wirklich implementiert werden [...]. Die Regierung wird sie aus Angst vor einer Polarisierung innerhalb der *Community* korrigieren. Sollte der Präsident diese Maßnahmen nicht entschärfen, wird diese Wahl zu einem Referendum über sie [...]. Es mag sein, dass dies genau das ist, was die radikale Rechte damit bezweckte, aus einer pragmatischen Sichtweise sollten sie besser nicht realisiert werden“ (ibid.).

Legt man die Ergebnisse der vorherigen Präsidentschaftswahlen zugrunde und kombiniert sie mit einer Analyse des bisherigen Wahlverhaltens in ganz Florida in der Vergangenheit, würde ein Anteil von nur mehr als 30% der Stimmen der kubano-amerikanischen Wähler Senator Kerry zum Sieg in diesem Bundesstaat verhelfen (Miami Herald, 11. März 2004). Auf diesen Anteil hofft er mit seiner öffentlichen Unterstützung des moderaten Lagers. Angesichts des Umstandes, dass sich 44% der kubano-amerikanischen Wähler dem moderaten Lager zurechnen, erscheint

⁴ Rand Beers fungierte als außenpolitischer Berater der Regierungen Clinton und Bush, von letzterer trennte er sich Ende 2003 und trat dem Wahlkampfteam von Senator Kerry bei. Unter anderem beruht sein umstrittener Ruf auf seiner Mit-Autorschaft am häufig kritisierten *Plan Colombia* während der zweiten Amtszeit von Präsident Clinton. An dieser Stelle möchte ich meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass Rand Beers sich trotz mehrmaliger Anfrage nicht zu einem Interview zum Thema dieses Artikels bereit erklärte.

diese Strategie Erfolg versprechend.⁵ Eine derartige Konstellation würde ein gänzlich neues Kapitel in der Geschichte der kubano-amerikanischen *Community* eröffnen; zum ersten Mal hätte ein Kandidat den Bundesstaat gewonnen, indem er das moderate Lager und nicht die Hardliner für sich zu gewinnen versuchte. Dies hätte auch ungeahnte Auswirkungen auf die zukünftigen Beziehungen der USA zu Kuba.

Obwohl Shelley McConnell dazu rät, mit Voraussagen vorsichtig zu sein und die Bedeutung dieser Maßnahmen für das kubano-amerikanische Wahlverhalten nicht überzubewerten (Interview McConnell), erscheint diese Konstellation aus heutiger Sicht nicht unwahrscheinlich. „Ich glaube, wir werden Zeuge einer bedeutenden Anzahl von Kubano-Amerikanern, die mit ihrer Stimme die neueste Politik der Regierung zurückweisen [...]. Sie sind ganz offensichtlich zutiefst unzufrieden mit einer Politik, die offensichtlich nur um die Stimmen des extremen rechten Lagers buhlt [...]. Ich glaube nicht, dass die Zustimmung für Präsident Bush unter den Kubano-Amerikanern in dieser Wahl nur ansatzweise so stark wie bei der vorherigen ausfällt“ (Interview Saladrigas). Kerry würde in diesem Fall wie bei anderen Themen mehr von den Fehlern der Bush-Regierung als von eigenen Visionen profitieren.

Trotz der immer stärker werdenden Proteste in Miami scheint Präsident Bush an seinem Kurs unbeirrt festzuhalten. Das Außenministerium kündigte das Inkrafttreten der neuen Reisebestimmungen zunächst für den 30. Juni an; zu diesem Zeitpunkt sollten auch alle bis dahin ausgestellten Genehmigungen ihre Gültigkeit verlieren (Miami Herald, 19. Juni 2004). Kubano-Amerikaner, welche nach diesem Stichtag ohne neue Genehmigung in die USA zurückgekehrt wären, hätten mit Strafen bis zu US\$ 7.500 pro Person rechnen müssen. Da sich jedoch für die Reiseagenturen eine termingerechte Rückholaktion aller ihrer Kunden aus Kuba als unmöglich erwies, sah sich die zuständige Behörde gezwungen, sechs Tage vor Ablauf der Frist die *deadline*

auf den 1. August 2004 zu verschieben (Miami Herald, 26. Juni 2004). Die kurzfristig angesetzte und miserabel organisierte Umsetzung der neuen Bestimmungen erregt die Gemüter in Miami noch zusätzlich. Aus dieser aufgebracht Stimmung sucht Senator Kerry politisches Kapital zu schlagen, indem er sich nun vermehrt zu Kuba äußert und erste Grundzüge seiner zukünftigen Politik formuliert. Die neue Bush-Politik würde „die kubanische Bevölkerung bestrafen und zusätzlich isolieren sowie Kubano-Amerikaner mit Verwandten auf der Insel empfindlich treffen, während sie Castro unbehelligt lässt.“ (Kerry im Miami Herald, 6. Juni 2004) Er gibt zudem zu bedenken, dass die Bush-Regierung offensichtlich nichts aus den Erfahrungen mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks gelernt habe, für deren politischen Umbruch gerade der Kontakt mit Reisenden aus dem Westen von großer Bedeutung gewesen ist. Folgerichtig verspricht Kerry immer wieder eine Aufhebung der Reisebeschränkungen für alle US-Amerikaner sowie der Beschränkungen auf *remesas* und scheint generell zur Politik des *engagement* der zweiten Administration Clinton zurückkehren zu wollen (ibid.).⁶ Die kubano-amerikanische *Community* wäre damit wie noch nie zuvor vor zwei gänzlich konträre Alternativen gestellt.

Natürlich beruht das letztendliche Wahlverhalten der Kubano-Amerikaner nicht nur auf ihrer Haltung zu den jüngsten Maßnahmen der Bush-Regierung. Mehr noch als in vergangenen Präsidentschaftswahlen dürften andere außenpolitische Themen (Irak, „Krieg gegen den Terror“) sowie die sich nur langsam erholende Wirtschaftslage für die meisten Amerikaner – und auch für die Kubano-Amerikaner – eine große Rolle spielen. Ohne Präsident Bushs polarisierende Maßnahmen in letzter Minute wäre Kuba wohl kaum zu einem beherrschenden Thema geworden. Jedoch stellen die neuen Reisebeschränkungen einen so bedeutenden und polarisierenden Einschnitt dar, dass, sofern beide Parteien ihre Positionen beibehalten, diese Präsidentschaftswahl ein neues Kapitel in den Beziehungen der kubano-amerikanischen *Community* zu Washington darstellen und ihrer Geschichte eröffnen könnte. Die endgültige Entscheidung hierüber obliegt dem Wähler am 2. November.

⁵ Laut der Umfrage von *Bendixen & Associates* bezeichnen sich 44% der kubano-amerikanischen Wähler als moderat (das Embargo wird als Fehler verstanden und soll sukzessive durch andere Maßnahmen ersetzt werden), 27% als progressiv (unilaterale Aufgabe des Embargos ohne voriges Entgegenkommen des Castro-Regimes) und 29% als konservativ (Beibehaltung des Embargos mangels besserer Alternativen). Diese Aufteilung ergibt sich ungefähr auch aus der Kombination von Antworten auf andere verwandte Fragen.

⁶ Beides wäre für einen zukünftigen Präsidenten Kerry umso leichter, da die Aufhebung der Reisebeschränkungen und der Einschränkungen für *remesas* ohnehin im Kongress über eine Mehrheit verfügt, und er lediglich kein Veto gegen ein derartiges Gesetz einlegen müsste.

Literaturhinweise

- CIP [Center for International Policy] (2002): CIP Special Report on Cuba and Bioweapons. Groundless Allegations Squander U.S. Credibility on Terrorism, (www.ciponline.org/cuba/newsarticles/cippresrelease7.12.02bioterror.htm).
- Cuba Study Group (2004): Strategic Framework for a Peaceful Transition in Cuba: Implications for U.S. Policy (Polling Data by Bendixen & Associates), April – unveröffentlichtes Dokument.
- Department of State (2003): Commission for Assistance to a Free Cuba. Fact Sheet, October (<http://www.state.gov/p/wha/rls/fs/26976.htm>).
- (2004): Report to the President of the United States of the Commission for Assistance to a Free Cuba, May (<http://www.state.gov/p/wha/rt/cuba/commission/2004>).
- Gratius, Susanne (2000): Außenpolitische Drahtseile in Kuba: Zwischen alten Feindbildern und neuen Freunden. Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 18, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- (2003): Kuba unter Castro. Das Dilemma der dreifachen Blockade. Opladen: Leske+Budrich.
- Haney, Patrick/Vanderbush, Walt (1999): The Role of Ethnic Interest Groups in U.S. Foreign Policy. The Case of the CANF. International Studies Quarterly, Nr. 43/2 (June), S. 341-362.
- Hoffmann, Bert (2001): Außenpolitik, internationale Beziehungen und das Verhältnis zu den USA. Veränderungen und Kontinuitäten seit 1989, in Ette, Ottmar/Franzbach, Martin (Hrsg.): Kuba heute: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 153-193.
- (2002): El cambio imposible: Cuba como asunto interméstico en la política de EE.UU., in: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.), El Triángulo Atlántico: América Latina, Europa y Estados Unidos en un sistema internacional cambiante. St. Augustin: Konrad Adenauer Stiftung, S. 352-362.
- (2003): Die Lateinamerikanisierung der USA. 38,8 Millionen Latinos in den USA: Kurze Erkundung einer neuen Macht. Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 12, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- LeoGrande, William (1998): From Havana to Miami: U.S. Cuba Policy as a Two-Level Game. Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Nr. 40/1 (Spring).
- Molyneux, Maxine (1999): The Politics of the Cuban Diaspora in the United States, in: Bulmer Thomas, Victor/Dunkerley, James (Hrsg.): The United States and Latin America: The New Agenda. Cambridge: Harvard University Press, S. 287-310.
- Nuccio, Richard (1999): Cuba: A U.S. Perspective, in: Haass, Richard (Hrsg.): Transatlantic Tensions. The United States, Europe and Problem Countries. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. 7-28.
- Ospina, Hernando Calvo/Declercq, Katlijn (2001): Originalton Miami. Die USA, Kuba und die Menschenrechte. Köln: PapyRossa Verlag.
- Pew Hispanic Center (2003): Remittance Senders and Receivers. Tracking the Transnational Channels, November (<http://www.pewhispanic.org>).
- Schmidt, Peter (2004): Ignored Majority. The Moderate Cuban-American Community, Latin America Working Group Education Fund (<http://www.lawg.org>).
- United States Agency for International Development (1999): Measuring Cuban Public Opinion, Project Report of the University of Florida, (<http://www.usaid.gov>).

Ausgewählte Links

- Center for International Policy - Cuba Project: www.ciponline.org/cuba
- Cubasource - a Research Project of the Canadian Foundation for the Americas: www.cubasource.org
- Pew Hispanic Center: www.pewhispanic.org
- World Policy Institute – Cuba Project: www.worldpolicy.org/projects/uscuba/index.html

Autorennotiz:

Hannes Artens ist zurzeit Doktorand am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. Bis April 2004 war er *Desk Officer* für Kuba am Carter Center, Atlanta und mit der Organisation der vertrauensbildenden Konferenzen kubano-amerikanischer Organisationen, die vom Carter Center im Januar und April 2004 vermittelt wurden, betraut.

Regionale Arbeitsschwerpunkte: Kolumbien, kubanische Diaspora in den USA, USA-Lateinamerika
E-Mail: hannesartens@yahoo.de

Forthcoming September 2004

BERT HOFFMANN

THE POLITICS OF THE INTERNET IN THIRD WORLD DEVELOPMENT

Political Challenges in Contrasting Regimes with Case Studies of Costa Rica and Cuba

Routledge (New York/London)

Latin American Studies Series: Social Sciences and Law

ISBN: 0-415-94959-9 (hardback, 323 p.) £60.00. Order at: www.routledge.com

This book examines the political and developmental implications of the new information and communication technologies (NICT) in the Third World. Whereas the concept of the 'digital divide' tends to focus on technological and quantitative indicators, this work stresses the crucial role played by the political regime type, the pursued development model and the specific configuration of actors and decision-making dynamics. Two starkly contrasting Third World countries, state-socialist Cuba and the Latin America's "show-case democracy" Costa Rica, were chosen for two in-depth empirical country studies.

Contents

Introduction

Part I: Third World Development and NICT in Political Perspective

Chapter 1: The New Information and Communication Technologies (NICT):
Comparative Experiences and Present Disparities

Chapter 2: NICT in Third World Development:
Political Issues in a Transformed Telecommunications Regime

Part II: Latin America's 'Mixed Model': Costa Rica

Chapter 3: The Costa Rican Development Model and Its Telecommunications Regime

Chapter 4: Active NICT Development by State Monopoly: A New Costa Rican Model?

Part II: Latin America's 'Socialist Model': Cuba

Chapter 5: Cuba's State-Socialist Development Model and Its Telecommunications Regime

Chapter 6: From the Rejection of the Internet to the 'Informatization of Society':
A Political Anatomy of Change

Chapter 7: The Politics of the Internet in Third World Development:
Conclusions in Comparative Perspective

Bert Hoffmann is political scientist at the Institute for Ibero-American Studies, Hamburg

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte, Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>